



29. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Gremium: Hauptausschuss
Sitzungstermin: Mittwoch, 11.11.2020, 17:00 Uhr
Ort, Raum: Treffpunkt Freizeit, Am Neuen Garten 64, 14469 Potsdam

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 07.10.2020**

- 3 **Mitteilungen der Verwaltung**
 - 3.1 Sachtsand - Übernahme der durch die Einführung des TVöD bedingten Verluste des Klinikums Ernst von Bergmann gemäß Beschluss: 20/SVV/1058

 - 3.2 Berichterstattung - Co-Leadship für Führungsstellen in der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam gemäß Beschluss 20/SVV/0439

 - 3.3 Bericht zur paritätischen Besetzung von Fachbereichsleitungen
20/SVV/1308 Oberbürgermeister, Fachbereich Personal und Organisation

- 4 **Sonstiges**

Nicht öffentlicher Teil

- 5 **Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 07.10.2020**

- 6 **Mitteilungen der Verwaltung**

- 6.1 Geschäftsführerangelegenheiten der KUBUS gGmbH

- 6.2 Information zum Stadtwerkefest

- 7 **Sonstiges**

Schriftführerin:

Frau Karin Klingner, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung**

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.09.2020**

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 3.1 Kompensation der Treibhausgasemissionen aus Flugreisen
Vorlage: 20/SVV/0853
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zur Erledigung

 - 3.2 Fläche für den Sport sichern
Vorlage: 20/SVV/1014
Fraktionen SPD, DIE LINKE
zur Erledigung

 - 3.3 Zusätzliche Außengastronomie auch im Herbst und Winter ermöglichen
Vorlage: 20/SVV/1017
Fraktionen SPD, DIE LINKE
zur Erledigung

 - 3.4 Konzept für das Jagdschloss Stern
Vorlage: 20/SVV/1021
Fraktionen SPD, DIE LINKE
zur Erledigung

- 4 Mitteilungen der Verwaltung**
 - 4.1 Berichterstattung zum Stand der Überlastung der Verwaltung gemäß Beschluss 18/SVV/0780

- 5 Sonstiges**

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.09.2020

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er vor, diese um den Tagesordnungspunkt (TOP) „Eckdaten der kleinräumigen Bevölkerungsprognose für die Landeshauptstadt Potsdam 2020 bis 2040“ unter Mitteilungen der Verwaltung nach TOP 4.1 sowie unter Sonstiges um den TOP „Garnisonkirche und Rechenzentrum“, auf Wunsch der Fraktion DIE LINKE, zu erweitern.

Weitere Änderungswünsche liegen nicht vor; die so ergänzte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Zur Niederschrift der 27. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 23.09.2020 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit Stimmenmehrheit **bestätigt**, bei einigen Stimmenthaltungen.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Kompensation der Treibhausgasemissionen aus Flugreisen

Vorlage: 20/SVV/0853

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zur Erledigung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für Dienstreisen des Personals der Landeshauptstadt Potsdam Regelungen zu treffen, dass geprüft wird, ob eine Dienstreise auch durch eine Onlinekonferenz ersetzt werden kann, dass keine Verpflichtung besteht z.B. aus Kostengründen eine Dienstreise mit dem Flugzeug durchzuführen sowie zu regeln, dass Dienstreisen bis 900 km entsprechend des Masterplan 100% Klimaschutz regelmäßig mit der Bahn durchzuführen sind. Für nicht vermeidbare Flugreisen sind zukünftig sowie rückwirkend ab dem 01.01.2020 die Emissionen finanziell durch die Investition in

Treibhausgasminderung zu kompensieren.

Für die kommunalen Unternehmen wird der Oberbürgermeister beauftragt sich als Gesellschaftervertreter für eine ebensolche Kompensationsregelung einzusetzen.

Eingangs wird der Antrag namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom Stadtverordneten Dörschel eingebracht.

Herr Jetschmanegg, Leiter des Geschäftsbereiches Zentrale Verwaltung, erläutert, dass mit der Erstellung der Dienstanweisung Dienstreisen die Vorgaben des Masterplans 100% Klimaschutz eingehalten wurden. Sie beinhalte die klare Fokussierung, nur wenn eine andere Kommunikation nicht möglich ist, könne eine Dienstreise erfolgen. Auch die Kilometer wurden berücksichtigt, d.h. unterhalb von 900 km sind Dienstreisen als Flugreise ausgeschlossen.

Frau Armbruster bedankt sich namens ihrer Fraktion bei der Verwaltung und stellt fest, dass sich mit der Dienstanweisung Dienstreisen ihr Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt habe.

Der Oberbürgermeister betont, dass die Verwaltung sich Gedanken dazu gemacht habe, was leistbar ist. Er sagt zu, die Dienstanweisung Dienstreisen den Fraktionen zur Verfügung zu stellen. Herr Dörschel hakt bezüglich des Passus *„Für nicht vermeidbare Flugreisen sind zukünftig sowie rückwirkend ... die Emissionen finanziell ... zu kompensieren.“* nach und fragt, ob dazu in der Dienstanweisung eine Regelung getroffen wurde.

Sie haben sich intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt und zur Vermeidung des „Freikaufens“ diesen Passus tatsächlich nicht in der Dienstanweisung Dienstreisen aufgenommen, so Herr Jetschmanegg.

Der Oberbürgermeister fragt abschließend, ob die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag für durch Verwaltungshandeln **erledigt** erklärt; dieses bejaht Frau Armbruster.

zu 3.2 Fläche für den Sport sichern
Vorlage: 20/SVV/1014
Fraktionen SPD, DIE LINKE
zur Erledigung

Herr Keller bringt den Antrag namens der Fraktionen SPD und DIE LINKE ein. Herr Dr. Niekisch fragt nach, ob es eine Chance bzw. Möglichkeiten gebe, die Fläche von der Bundesbahn zu erwerben. Der Oberbürgermeister betont, dass es in diesem Antrag genau darum gehe und bei Auftragserteilung die Möglichkeit geprüft werden müsse.

Herr Dr. Zöllner fragt bezüglich des Auftrages aus dem Jahr 2016, dort eine Sporthalle zu errichten, in welchem Status dieser stehe (Bebauungsplan Nr. 7 „Berliner Straße/Havelseite“, 2. Änderung, Teilbereich Sportplatz). Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, merkt an, dass er momentan keine Antwort diesbezüglich habe.

Herr Keller führt aus, dass laut Investitionsvertrag ein Antrag vom Verein möglich sei. Der Verein müsste die Fläche neu planen und ggf. ältere sich auf dem Gelände im hinteren Bereich befindliche Gebäude weichen. Herr Friederich schließt sich den Ausführungen von Herrn Keller an. Ihre Fraktion unterstütze diesen Antrag, so Frau Armbruster, weitere Investitionen, Bauplanungen seien zu prüfen.

Der Oberbürgermeister verweist auf den Antrag zur Remise und stellt die Frage, wie sehe es mit den Sportflächen aus. Die Verwaltung könne laut Flächennutzungsplan eine Flächenvermehrung nicht mehr herstellen. Sie werden grundsätzlich darüber reden müssen und daher bittet er, bei Anträgen an die Verwaltung, wie zum Beispiel „Suche nach 3 Sportplätzen“ dieses zu Bedenken. Im Anschluss stellt er den Antrag zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt Verhandlungen mit dem BEV (Bundeseisenbahnvermögen) zu führen, um das Gelände in der Berliner Straße 67 zu erwerben. Mit Erwerb der Fläche durch die LHP soll die sportliche Nutzung des Geländes für den Eisenbahner-Sportverein Potsdam e.V., sowie die Realisierung des im B-Plan vorgesehenen Uferwegs gesichert werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.3 Zusätzliche Außengastronomie auch im Herbst und Winter ermöglichen

Vorlage: 20/SVV/1017

Fraktionen SPD, DIE LINKE
zur Erledigung

Frau Dr. Zalfen bringt den Antrag namens der Fraktionen SPD und DIE LINKE in der neuen Fassung vom 15.09.2020 ein.

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, berichtet zum aktuellen Stand, dass sie im Sommer gute Erfahrungen mit den Außengastronomieplätzen gemacht haben. Diese sollten auch weiterhin erhalten bleiben und man könne im Herbst/Winter auf Heißgetränke etc. umstellen.

Zum Ergänzungsantrag der Fraktion CDU erklärt Herr Friederich, dass damit eine Aufschlüsselung der anfallenden Gebühren erbeten werde. Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, verweist darauf, dass ab Mai die Sondernutzungsgebühr, so wie mit den Gastronomen vereinbart, nur für die Flächen berechnet werde, die tatsächlich genutzt werden. Zusätzliche coronabedingte Abstandsflächen werden nicht berechnet.

Wenn keine zusätzlichen Belastungen anfallen, dann verzichten sie auf den Ergänzungsantrag, so Herr Friederich für die Fraktion CDU. Dieser **Ergänzungsantrag** wird damit für **erledigt** erklärt. Der Oberbürgermeister bestätigt, dass der von ihm im Sommer zugesagte Kurs nicht geändert werde.

Im Weiteren bringt der Stadtverordnete Dörschel den **Ergänzungsantrag** der **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** mit folgendem Wortlaut ein:

...

Bei den klimaverträglichen Rahmenbedingungen sind insbesondere emissionsfreie „Heizpilz“- Alternativen, wie z.B. Akku-Heizkissen, mit Grünstrom betriebene Infrarot-Halogen-Heizstrahler oder Elektro Heizer zu prüfen.

Nachfolgend bringt der Stadtverordnete Krämer den **Ergänzungsantrag** der **Fraktion DIE LINKE** mit folgendem Wortlaut ein:

...

Gleichzeitig sollte die Anschaffung von technischen Lösungen für den Innenraum, wie etwa Luftfilter, die die Viren aus der Raumluft saugen, bei der Prüfung berücksichtigt werden.

Der Oberbürgermeister gibt zu bedenken, dass die Verwaltung eine Handhabe bezüglich der Außengastronomie habe aber nicht für Innenraumlösungen.

Abstimmung:

Der Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird

mit 14 Ja-Stimmen angenommen,
bei einer Nein-Stimme.

Abstimmung:

Der Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE wird

mit 13 Ja-Stimmen angenommen,
bei einer Nein-Stimme
und einer Stimmenthaltung.

Der so ergänzte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wie eine Verlängerung der Umwidmung von Parkplätzen und Straßenraum in Restaurantflächen auch im Herbst und Winter möglich ist.

Er wird weiterhin beauftragt, mit den Gastronomiebetreibenden das Gespräch über jahreszeitenbedingte Anpassungen der Angebote und klimaverträgliche Rahmenbedingungen der Außengastronomie zu suchen und sie bei deren Umsetzung zu unterstützen.

Bei den klimaverträglichen Rahmenbedingungen sind insbesondere emissionsfreie „Heizpilz“- Alternativen, wie z.B. Akku-Heizkissen, mit Grünstrom betriebene Infrarot-Halogen-Heizstrahler oder Elektro Heizer zu prüfen.

Gleichzeitig sollte die Anschaffung von technischen Lösungen für den Innenraum, wie etwa Luftfilter, die die Viren aus der Raumluft saugen, bei der Prüfung berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:

mit 14 Ja-Stimmen angenommen,
bei einer Stimmenthaltung.

zu 3.4 Konzept für das Jagdschloss Stern

Vorlage: 20/SVV/1021

Fraktionen SPD, DIE LINKE
zur Erledigung

Herr Kümmel, Planungsbüro, erörtert anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt), unter anderem, dass die Stiftung von 5-6 Jahren für die Projektumsetzung ausgehe, die Sanierung Aufgabe der Stiftung sei und diese eine Machbarkeitsstudie angestellt habe. Zur Finanzierung sei die Verwaltung bereit, mit der Stiftung ins Gespräch zu kommen. Herr Keller plädiert, die Bundesmittel nicht verfallen zu lassen, sondern sich zügig auf den Weg zu machen, zwecks Klärung, wie die Kofinanzierung zu Stande komme.

Dr. Scharfenberg betont, dass sie darüber nicht zum ersten Mal diskutieren und es eine Vielzahl von Anläufen gegeben habe. Aus den Ausführungen von Herrn Kümmel habe er vernommen, dass die Stadt sich nicht mehr frage ob, sondern wie sie finanziell unterstützen könne. Er plädiere daher für den Beschluss dieses Antrages.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass man den Antrag so interpretieren könne. Hier sei der Auftrag zu prüfen und ein Konzept zu erstellen. Die Stadt ist nicht Eigentümer des Gebäudes und der bauliche Zustand erfordere eine erhebliche Kreativität für ein entsprechendes Konzept. Gerade in Zeiten von Corona stelle dieses eine erhebliche finanzielle Belastung dar. Auch sei jetzt, Mitte Oktober, die Zeitschiene der Vorlage des Konzeptes zur Aufnahme von Diskussionen zum Nachtragshaushalt 2020 sehr sportlich.

Herr Kube plädiert abschließend dafür, die Bundesmittel einerseits nicht verfallen und andererseits genau prüfen zu lassen.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten ein Konzept zu erstellen, das eine öffentliche oder teilöffentliche Nutzung des Ensembles des Jagdschlusses Stern einschließlich des Kastellanhauses möglich macht, zum Beispiel für soziale Einrichtungen, Gastronomie oder Vereinsleben.

Der Oberbürgermeister soll weiterhin mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten und dem Land Brandenburg in Verhandlungen über eine Kostenteilung der Kofinanzierung für die zugesagten 2,9 Mio. Euro Bundesmittel aufnehmen. Ziel ist ein realistisches Nutzungs- und Finanzierungskonzept, das notfalls eine Realisierung in einzelnen Schritten ermöglichen soll. Dieses Konzept soll spätestens bis zur Aufnahme der Diskussionen zum Nachtragshaushalt 2020 vorgelegt werden, damit die haushaltsrelevanten Fragen für die LHP im Rahmen der Beschlussfassung zum Nachtragshaushalt beraten werden können.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 4.1 Berichterstattung zum Stand der Überlastung der Verwaltung gemäß
Beschluss 18/SVV/0780**

Herr Jetschmanegg, Leiter des Geschäftsbereiches Zentrale Verwaltung, erläutert an Hand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) den Krankenstand in der Verwaltung. Im Übrigen seien die Zahlen in der Antwort der Kleinen Anfrage fehlerhaft und werden berichtigt. Im Weiteren zeigt er die Entwicklung 2018/2019 auf; im III. Quartal 2020 seien die Zahlen ähnlich wie in 2019. Sie sehen durch Covid 19 keinen höheren Einfluss und im Haus selbst gebe es keinen konkreten Ausbruch.

Zu den Überlastungsanzeigen führt Herr Jetschmanegg aus, dass eine Dienstvereinbarung dazu erarbeitet werde. Diese befinde sich in Abstimmung mit dem Personalrat und unter Einbindung des Bereichs „Gesunde Verwaltung“. Abschließend verweist er auf die Maßnahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements.

Auf die Nachfrage von Herrn Friederich bestätigt Herr Jetschmanegg, dass die Zahlen in der korrigierten Antwort zur Kleinen Anfrage „besser aussehen werden“. Weiterhin möchte Herr Friederich wissen, ob es Schwerpunkt-Fachbereiche mit Überlastungsanzeigen gebe. Diese werde es sicherlich geben, so Herr Jetschmanegg, die Angaben habe er jedoch nicht parat, könne diese aber in die Antwort mit einarbeiten.

**neu Eckdaten der kleinräumigen Bevölkerungsprognose für die
Landeshauptstadt Potsdam 2020 bis 2040**
auf Wunsch Fraktion DIE LINKE

Herr Jetschmanegg, Leiter des Geschäftsbereiches Zentrale Verwaltung, leitet in das Thema ein. Frau Petermann, Fachbereichsleiterin Verwaltungsmanagement, informiert zu den Grundlagen und Verlauf zur Erstellung der Prognose. An Hand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt), führt sie zur natürlichen Bevölkerungsbewegung aus, dass die Sterbefälle die Geburten übersteigen und zur Außenwanderung, dass der Zuwachs sich im 1.000-stelligen Bereich befinde. Beide Zahlen zusammgelegt ergeben, dass die Wachstumsgeschwindigkeit abnehme. Im Jahr 2016 seien sie noch von einer größeren Außenwanderung ausgegangen. Im Jahr 2029 werde von 200.000 Einwohnern ausgegangen. Die Stadt wachse insgesamt in allen Stadtteilen. Nach ihrer Prognose werde Corona nur kurzfristige Einfluss haben; die Daten werden im Frühjahr 2021 vorliegen.

Es besteht kein weiterer Diskussionsbedarf, so dass der Bericht zur Kenntnis genommen wird.

Garnisonkirche und Rechenzentrum

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf den Beschluss „Inhaltliches und gestalterisches Konzept für den Bereich Garnisonkirche/Rechenzentrum“ und dass im Juni 2020 das Verfahren zur Beschlussfassung vorzulegen war. Im August 2020 kam dann die Verlängerung bis Dezember. Er erbete eine Vorlage möglichst im November 2020 bzw. eine Information, wie der lange Zeitraum überbrückt werden könne.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Vorlage im März 2020 eingebracht wurde und dann coronabedingt erst in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 03.06.2020 der Beschluss gefasst werden konnte. Der Termin Juni 2020 war von daher nicht haltbar; hier wäre bei der Beschlussfassung ggf. der Termin für die Beschlussvorlage auf Dezember anzupassen gewesen. Er schlage eine Mitteilungsvorlage für den Hauptausschuss im November 2020 vor. Heute könne er mitteilen, dass die Protagonisten im höflichen Umgang miteinander seien und er somit hoffe in diesem Geiste die Vorlage weiter vorbereiten zu können und dementsprechend weiter zu verfahren.

Herr Dr. Scharfenberg befürwortet den Vorschlag, im November 2020 einen Sachstand im Hauptausschuss entgegenzunehmen und sich damit zu befassen. Im Übrigen habe er zwei Vorschläge:

1. Im nächsten Hauptausschuss das Thema „Stadtwerkefest“ auf die Tagesordnung zu setzen und
2. Zum Beschluss „Instrumente zur Begrenzung des Mietenanstiegs in Potsdam“ war das Ergebnis im Mai 2020 vorzulegen; er habe dazu nichts gefunden.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass die Beschlüsse ambitionierte Terminstellungen enthalten. Einerseits werden kurzfristige Termine beschlossen und andererseits habe die Verwaltung erst heute zu den Überlastungsanzeigen berichtet. Vielleicht schaffen sie es in Zukunft, dahin zu kommen, dass die Arbeitsmenge mit dem vorhandenen Personal bewältigt werden kann. Herr Dr. Scharfenberg entgegnet, dass es die Rechte und Pflichten der Stadtverordneten seien, die Verwaltung „zu Höchstleistungen zu bringen“. Er bittet um Klärung, wann die Vorlage komme. Der Oberbürgermeister müsse sich zum Stand erkundigen. Im Zusammenhang mit den Fristen verweist er auf das Kastellanhaus, hier sei die Frist von 3 Monaten gesetzt, um ein umfangreiches Konzept zu erarbeiten.

Herr Dr. Niekisch wendet sich an die Hauptausschussmitglieder bezüglich Genesungswünsche für den verunfallten Herrn Exner und bittet um einen kleinen Beitrag für einen Blumenstrauß. Dazu sind die Hauptausschussmitglieder gerne bereit.



Betreff:
Bericht zur paritätischen Besetzung von Fachbereichsleitungen

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 19/SVV/0607

Erstellungsdatum 29.10.2020

Eingang 502: 29.10.2020

Einreicher: Fachbereich Personal und Organisation

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

04.11.2020 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Vorbemerkungen

Frauen sind bei der Landeshauptstadt Potsdam mit einem Anteil von 60 v.H. am Gesamtpersonalkörper (einschließlich KIS, Beamtenschaft, Auszubildende und Studierende) anhaltend stark vertreten.

Mit Stand 30. September 2020 befanden sich in der Landeshauptstadt unter den 2.485 beschäftigten Personen (Vorbericht 2019: 2.434) insgesamt 1.470 Frauen (Vorbericht: 1.450) und 1.015 Männer (Vorbericht: 984) (Quelle: pia online - Landeshauptstadt Potsdam). Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes betrug der Anteil von Fachbereichsleiterinnen 42 Prozent (8 weibliche Führungskräfte von 19 Fachbereichsleitungen) - kommissarisch und derzeit vertretungsweise geführte Fachbereiche mitgezählt.

Insgesamt sollen bis 2023 11 Neubesetzungen erfolgen.

Die Landeshauptstadt befindet sich seit dem Bericht zur paritätischen Besetzung von Fachbereichsleitungen vom 06. November 2019 im Umsetzungsprozess der hier beschriebenen Anforderungen an Auswahlverfahren und Maßnahmen. Auswahlverfahren fanden auch unter Pandemiebedingungen statt und wurden in hoher Qualität durchgeführt. Die Steuerung der Auswahlverfahren für Fachbereichsleitungen wurde zwischenzeitlich durch den Geschäftsbereichsleiter Zentrale Verwaltung (GBL 5), Herrn Dieter Jetschmanegg, übernommen. Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Martina Trauth ist in allen Verfahren beteiligt.

Fortsetzung der Mitteilung Seite 3

Fortsetzung der Mitteilung:

Verfahren und Zwischenergebnisse zur Besetzung von Fachbereichsleitungen

1. Externe Begleitung

Die Neubesetzung von über 50% der zweitobersten Führungsebene wird zum einen für die Modernisierung und Weiterentwicklung der Verwaltungskultur mit einem einheitlichen Führungs- und Steuerungsverständnis genutzt. Zum anderen sind die Verfahren eine besondere Chance, eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern in der Fachbereichsleitendenposition zu erreichen. Um beiden Zielen maximale Erfüllungschancen zu ermöglichen, erfolgt die Besetzung der Fachbereichsleitungen bei der Landeshauptstadt Potsdam mit Unterstützung eines Dienstleistungsunternehmens, welches die Auswahlverfahren begleitet und moderiert.

2. Zweistufiges strukturiertes Auswahlverfahren

Anforderungsprofile und Qualifikationsanforderungen wurden geschlechterneutral formuliert und setzen einen starken Schwerpunkt auf überfachliche Kompetenzen, die für die Modernisierung und Weiterentwicklung der Verwaltungskultur als Führungskraft notwendig sind. Nahezu alle Stellenbesetzungen sind auch in Teilzeit möglich. Alle Stellenausschreibungen wurden sprachlich geschlechterneutral (m/w/d) ausgeschrieben.

Die Anforderungen wurden geschlechterneutral abgeprüft. Die Verfahren werden in einem 2-stufigen Verfahren und mittels strukturiertem Interview durchgeführt. Die Analyse der schriftlichen Bewerbungen und die Vorauswahl der Bewerbungen für das mündliche Verfahren werden in enger Abstimmung zwischen dem Fachbereich Personal und Organisation und der Bedarfsstelle erstellt. In den Bewerbungsgesprächen sind zwei Geschäftsbereichsleitungen anwesend.

3. Umsetzungsstand der Verfahren

Eine Fachbereichsleitung (FBL), die FBL 53 Personal und Organisation, wurde mit dem 15. Oktober 2020 neu besetzt. Drei weitere Verfahren sind aktuell in Bearbeitung: 38, 39, 51. Drei weitere Verfahren (23, 32, 46) stehen kurz vor der Ausschreibung.

Zu den einzelnen laufenden bzw. abgeschlossenen Verfahren:

Abgeschlossen wurde das am 27. Februar 2020 gestartete Auswahlverfahren zur Besetzung der Fachbereichsleitenden **Personal und Organisation (53)**. Unter den 60 Bewerbenden waren 35 Bewerberinnen. Die Führungsposition wurde mit einer Bewerberin besetzt, die zudem eine ausgewiesene Fachexpertin für die Umsetzung von Gleichstellung im Personalmanagement ist.

Ebenfalls am 27. Februar gestartet wurde das Auswahlverfahren zur Besetzung der Fachbereichsleitungsposition **Kommunikation und Partizipation (51)**. Das Verfahren befindet sich zum Erstellungszeitpunkt des Berichts in der 2. Stufe des strukturierten Interviews. Unter den 49 Bewerbenden befanden sich 21 Frauen. Zum ersten Interview wurden überwiegend weibliche Bewerberinnen eingeladen.

Am 4. Juni 2020 erfolgten die Ausschreibungen von Fachbereichsleitungen der Fachbereiche **Soziales und Inklusion (38)** sowie **Wohnen, Arbeit und Integration (39)**. Im Verfahren FBL 38 gibt es unter den 36 Bewerbenden 10 Bewerberinnen. Im Verfahren FBL 39 befinden sich unter den 21 Bewerbenden 14 Frauen. Gegenwärtig werden die strukturierten Interviews vorbereitet.

In den bisher laufenden bzw. durchgeführten Auswahlverfahren für Fachbereichsleitende überwogen bei den Bewerbenden in zwei von vier Verfahren der Anteil der Frauen.

Erneut ausgeschrieben werden die Verfahren FBL **Bildung, Jugend und Sport (23)** und FBL **Ordnung, Sicherheit und Gesundheit (32)**. Im ersten Verfahren kam es nicht zu einer erfolgreichen Besetzung. Es ist beabsichtigt, in diesem Verfahren künftig eine Doppelspitze mit unterschiedlichen Fachschwerpunkten auszuschreiben und damit ein Pilotverfahren für ein Co-Leadership zu implementieren. Das Verfahren FBL 32 ist in Vorbereitung.

Maßnahmen zur Förderung von „Frauen in Führungspositionen“

Das Mentoring-Programm „Frauen in Führung“ als Förderprogramm für Frauen wurde im September 2020 mit einer Potenzialanalyse abgeschlossen. Sieben Personen verblieben bis zum Abschluss im Programm. Eine Kollegin wurde im Anschluss mit der kommissarischen Leitung eines Fachbereiches betraut (FB 55 - Verwaltungsmanagement). Weitere Teilnehmerinnen nehmen Führungspositionen

auf Bereichs- und Arbeitsgruppenebene wahr. Die Fortsetzung des Programms ist in Vorbereitung. Acht weibliche Personen sollen diesmal für das Mentoringprogramm (mit einer 1-jährigen Dauer) gewonnen werden. Als Starttermin ist der 1. Januar 2021 vorgesehen.

Schulungen und Fortbildungsprogramme – eingeschlossen die unmittelbaren Programme zur Förderung weiblicher Beschäftigte - konnten auf Grund der Pandemie im Berichtszeitraum nur sehr eingeschränkt oder gar nicht durchgeführt werden. Sowohl die Brandenburgische Kommunalakademie (Bildungsträger der LHP) als auch das interne Fortbildungsmanagement des Fachbereiches 53 sind bestrebt, Maßnahmen im kommenden Berichtszeitraum nachzuholen (z.B. das Fortbildungsprogramm „Frauen führen kompetent“ oder Seminare zu Genderthematiken). Weitergeführt wurde und wird das Coachingprogramm für Führungskräfte.

Die Besetzung der FBL Personal und Organisation soll darüber hinaus dazu dienen, zukünftig die LHP bezüglich der Gleichstellung im Personalmanagement noch strategischer aufzustellen.

Ausschussmitglieder

Frau Janny Armbruster
Herr Daniel Keller

Bündnis 90/Die Grünen
SPD

entschuldigt
entschuldigt

Schriftführerin:

Frau Heike Ziegenbein Büro der Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
07.10.2020
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 3.1 Sachtsand - Übernahme der durch die Einführung des TVöD bedingten Verluste
des Klinikums Ernst von Bergmann
gemäß Beschluss: 20/SVV/1058
- 3.2 Berichterstattung - Co-Leadship für Führungsstellen in der Stadtverwaltung der
Landeshauptstadt Potsdam
gemäß Beschluss 20/SVV/0439
- 3.3 Bericht zur paritätischen Besetzung von Fachbereichsleitungen
Vorlage: 20/SVV/1308
Oberbürgermeister, Fachbereich Personal und Organisation
- 4 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeisters eröffnet die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung
vom 07.10.2020**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung schlägt er vor, diese um folgende Themen zu erweitern:

- Pandemielage
- Sachstandsbericht - Garnisonkirche/Rechenzentrum
- Mieterhöhungen der Pro Potsdam
- Gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses und des Kreisausschusses Potsdam Mittelmark

Die Thematik „Tarifabschluss TVÖD“ wird mit den Tagesordnungspunkten 3.2 und 3.3. aufgerufen.

Der von Frau Lüdcke erbetene Bericht zum Melde- und Informationssystem wird ebenso wie die von Herrn Dr. Scharfenberg erbetene Information zur Veränderung in der Verwaltungsstruktur im Zusammenhang mit der Berichterstattung zur Pandemielage gegeben.

Die angekündigte Diskussion zur aktuellen Situation in Krampnitz, so der Oberbürgermeister, soll auf die nächste Sitzung des Hauptausschusses verschoben werden, da der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Entwicklung des ländlichen Raumes diese Thematik nicht behandelt habe. Herr Friederich verweist darauf, dass er dazu einige Fragen vorbereitet habe und diese auch beantwortet haben möchte. Der Oberbürgermeister bittet, diese als Kleine Anfrage zu stellen und schließt eine Beantwortung, ohne entsprechende Vorbereitung, aus.

Gegen die vorgeschlagenen Änderungen erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird einstimmig **bestätigt**.

Zur Niederschrift der 28. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 07.10.2020 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit Stimmenmehrheit, bei einigen Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 3.1 Sachstand - Übernahme der durch die Einführung des TVÖD bedingten
Verluste des Klinikums Ernst von Bergmann
gemäß Beschluss: 20/SVV/1058**

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, führt dazu aus, dass Zuschüsse über einen Betrauungsakt möglich seien, es also für das Klinikum Ernst von Bergmann keine beihilferechtlichen Probleme gebe;

für Catering und Service laufe die kommunalwirtschaftliche Prüfung noch. Da ein Zuschuss an die Muttergesellschaft möglich sei, wären grundsätzlich auch die erhöhten Entgelte der Muttergesellschaft an die beiden Töchter zuschussfähig. Allerdings seien die erhöhten Entgelte konkret zu beziffern; hierzu erarbeitet das Klinikum aktuell die Zahlen. Nach Abschluss der kommunalwirtschaftlichen Prüfung durch das Klinikum Ernst von Bergmann sei für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im März geplant, einen weiteren Beschluss zum konkreten Verlustausgleich einzuholen.

Anschließend beantwortet sie die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder, so von Herrn Wollenberg zur Änderung der Rechtsform von Catering und Service, von Herrn Linke zur Zeitschiene und von Herrn Dr. Scharfenberg zur Zuschusshöhe.

In der weiteren Diskussion betont Herr Heuer, dass der jetzige Zeitpunkt ein sehr früher für die Prüfung der Umsetzung des Beschlusses sei; der Oberbürgermeister verweist ergänzend dazu auf den Beschluss mit dem ein Wirtschaftsprüfer mit der Feststellung der Zuschusshöhe zu beauftragen ist. Hierzu arbeite eine Anwaltskanzlei der Stadt mit dem Wirtschaftsprüfer des Klinikums zusammen. Die Information, wann Ergebnisse vorliegen werden, reicht der Geschäftsbereich an die Fraktionen im Nachgang der Sitzung weiter.

zu 3.2 Berichterstattung - Co-Leadship für Führungsstellen in der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam gemäß Beschluss 20/SVV/0439

Eingangs erläutert Herr Jetschmanegg, Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung, an Hand einer Powerpoint-Präsentation (dem Ratsinformationssystem als Anlage zum Tagesordnungspunkt beigefügt) den Sachstand zu den Themen „Geteilte Führung“ und Besetzung von Fachbereichsleitungen unter dem Aspekt Parität und Gender-/Diversity-Kompetenz und gibt einen Ausblick bezüglich des Projektes „Arbeitgeberattraktivität“.

In der sich anschließenden Diskussion fragt Frau Dr. Müller nach strategischen Planungen bezüglich der geteilten Führung, um das auch bei weiteren Besetzungsverfahren fortsetzen zu können. Frau Dr. Zalfen hebt die Subsumierung unter der Thematik „Attraktivität des Arbeitgebers“ besonders hervor, was dafür spreche, dass die Verwaltung das auch weiterhin im Focus habe. Frau Bartelt führt aus, dass es auch um die Leistungsfähigkeit der Verwaltung gehe und um die Umsetzung sowohl teilbarer als auch überlappender Aufgabenstellungen.

Herr Jetschmanegg betont, dass er den Antrag so verstanden habe, dass sich die Zielstellung auf alle Stellen beziehe, was auch die Herausforderung beinhalte, Frauen z.B. in technischen Berufen besonders anzusprechen. Die Kunst werde darin bestehen, die Kommunikation und Abstimmung zwischen beiden Stelleninhabern herbeizuführen, um mit identischen Botschaften unterwegs zu sein. Das setze voraus, mit einer guten Fehlerkultur unterwegs zu sein und sich für die Modelle auch Zeit zu nehmen.

Die Nachfrage von Herrn Teuteberg, ob dies auch auf die Stellen der Beigeordneten zutreffe, verneint der Oberbürgermeister unter Verweis auf § 59 der BbgKVerf.

Im Weiteren berichtet Herr Jetschmanegg über die Stellenbesetzungsquote und verweist darauf, dass der erweiterte Stellenrahmen diese vorerst verringere. Er geht darüber hinaus auf die Ein- und Austritte von Beschäftigten ein und führt

aus, dass beeinflussbare Beendigungsgründe etwas zurückgegangen seien. Er betont, dass, trotzdem ein ganzes Quartal durch die Pandemie im Frühjahr fehle, über 200 Stellen neu besetzt worden seien und weitere 90 Verfahren noch laufen.

Daran anschließend bedankt sich der Oberbürgermeister bei den Kollegen des Bereiches Personal, die darüber hinaus auch den Wechsel von Mitarbeitenden zur Stabstelle formal-rechtlich abgesichert haben und zum Teil auch in die konkrete Arbeit des Verwaltungsstabes mit eingetreten seien. Außerdem seien Personalgespräche unter den jetzigen Bedingungen eine Herausforderung, denn auch hier gebe es schutzbedürftige Personen.

Nach Beantwortung einiger Rückfragen informiert Herr Jetschmanegg über die Inhalte des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst und deren Auswirkungen, wie z.B. die Möglichkeit der Entgeltumwandlung für Fahrräder und eBikes, um die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst attraktiv zu halten. Gleichzeitig macht er darauf aufmerksam, dass Details derzeit noch beschrieben werden.

zu 3.3 Bericht zur paritätischen Besetzung von Fachbereichsleitungen

Vorlage: 20/SVV/1308

Oberbürgermeister, Fachbereich Personal und Organisation

Siehe Tagesordnungspunkt 3.2

zu 4 Sonstiges

Sachstand - Pandemie

Eingangs informiert die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, an Hand einer Powerpoint-Präsentation (dem Ratsinformationssystem als Anlage zum Tagesordnungspunkt beigefügt) über das Infektionsgeschehen in Potsdam und über die Bettenbelegung im Klinikum Ernst von Bergmann sowie im Alexianer St. Josefs. Im Weiteren erläutert Frau Dr. Böhm, Leiterin des Gesundheitsamtes, die Seite 3 der Präsentation – Cluster – Übersicht von Oktober bis 11. November 2020. Im Weiteren verweist sie in ihren Ausführungen auf die eigene mit der IT entwickelte Datenbank (EilP), die es ermögliche, die Datenmengen zu bearbeiten sowie Kontaktpersonen mit Namen, Adressen, Telefonnummer/E-Mail, Vorerkrankungen und Beruf sowie die Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft zu erfassen und zu verfolgen. Die in Rede stehende Software Demes und auch Surfnet werden dieses ergänzen und seien in der Vorbereitungsphase. Da viele Labore nach wie vor per Fax Daten melden und im Regelfall auch keine Telefonnummern der Personen hinterlegen, gebe es dadurch keine schnelleren Bearbeitungszeiten.

Der Oberbürgermeister ergänzt dahingehend, dass die Software EilP in Zusammenarbeit mit Kienbaum, oracle, der IT-Abteilung und des Gesundheitsamtes der Landeshauptstadt entwickelt wurde und kein Programm „von der Stange“ sei. Er bewertet die dazu breit ausgerollte Presseberichterstattung sehr kritisch, vor allem weil die Thematik im Vorfeld der Berichterstattung nicht hinterfragt wurde. Weitere Schritte seien bereits avisiert, so wie das Zusammenspiel zwischen der Stadt und dem Klinikum sowie der Anschluss von Demes. Er betont, dass Technik allein das Problem nicht lösen werde, da Kontaktpersonen 1. Grades angerufen und weitere Kontaktpersonen in

Quarantäne geschickt werden müssen – das binde Personal. Deshalb sei geplant, in ein Schichtsystem überzugehen.

Auf weitere Nachfragen führt Frau Dr. Böhm aus, dass mit der eigenen Software eine rechtssichere Erfassung möglich sei und alle Mitarbeitenden ortsunabhängig darauf zugreifen können. Nichttechnische Fachkräfte können schneller im Umgang mit der Software geschult werden; darüber hinaus wird das Beschwerdewesen beschleunigt.

Auf die Nachfrage von Herrn Friederich äußert sich Frau Meier zum Prozessstand der weiteren Beschaffung von Stellen und betont, das bis dahin mit internen Kräften unterstützt werde und es eine gute Zusammenarbeit mit dem Klinikum Ernst von Bergmann gebe.

Darauf Bezug nehmend informiert der Oberbürgermeister, dass auch zeitlich befristete Umgruppierungen vorgenommen wurden, das Bürgerbüro des Oberbürgermeisters das Pandemiemanagement unterstützt und weitere KollegInnen im Beschwerdemanagement arbeiten. Um Frau Meier für die umfangreichen Aufgaben u.a. im Rahmen des Pandemiegeschehens freizustellen, werden für die nächsten Monate die Fachbereiche 38 und 39 von Frau Aubel betreut, so wie es im Krankheitsfall auch vorgesehen sei. Diese Regelung gilt bis April 2021, kann aber temporär verkürzt werden. Der Personalrat sei mit einbezogen worden und trage diese Entscheidung mit. Frau Meier habe die Büroleiterin an ihrer Seite sowie einen Kollegen vom Bereich Presse. Im Innenverhältnis vertrete er selbst Herrn Exner. Um die Führung der Verwaltung zu sichern, werden die Beigeordnetenkonferenzen als Telefonkonferenzen durchgeführt.

Herr Dr. Scharfenberg merkt dazu an, dass die o.g. Fachbereiche nur kommissarisch besetzt und nicht unbedeutend seien. Er hätte sich über eine Verständigung im Vorfeld der Entscheidung gefreut.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass dies eine schwierige Entscheidung, es aber in der Abwägung nötig gewesen sei, sie so zu treffen. Frau Meier betont, dass die „großen Themen“ im Flow und im Zeitplan seien.

Zur Frage der technischen Möglichkeiten für die Arbeit der Stadtverordnetenversammlung bittet der Oberbürgermeister, Herrn Jetschmanegg zu berichten. Dieser informiert, dass ab kommendem Montag die personalisierten Laptops für Videokonferenzen genutzt werden können. Dazu sei eine einmalige Anmeldung über den VPN-Tunnel nötig. Eine entsprechende Handreichung werde zur Verfügung gestellt. Eine Woche später werde auch ein Videokonferenzsystem (WebEx oder Jitsi) zur Verfügung gestellt, so dass auch Ausschuss- und Fraktionssitzungen digital möglich seien. Die dazu nötigen Verfahren werden mit dem Büro der Stadtverordnetenversammlung besprochen.

Die Nachfrage, ob eine Nutzung auch von anderen Geräten ermöglicht wird, so der Oberbürgermeister, sei in Klärung. Problematisch sei derzeit die Lösung für nicht öffentliche Teile der Sitzungen.

Sachstand Garnisonkirche/Rechenzentrum

Der Oberbürgermeister informiert, dass es Einzelgespräche mit den Vertretern der Stiftung und denen des Rechenzentrums gegeben habe. Beide Seiten hätten signalisiert, dass sich alle Betroffenen auf ein Verfahren einlassen können. Derzeit laufe der Prozess der Einigung auf eine gemeinsame geeignete Methodik und werde die Frage der Einbeziehung der Beteiligten in geeigneter Art besprochen. Dabei gelte es auch die Partner mit ihren Gremien und Entscheidungsstrukturen zu berücksichtigen. Insofern könne er heute noch

keinen Ausblick auf die Inhalte geben; es werde daran gearbeitet, Vertrauen für das Ganze zu schaffen und feste Arbeitsstrukturen zu etablieren, in denen auch der Hauptausschuss eingebunden wird. Ziellinie sei wie angekündigt, die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 02. Dezember 2020 zu der eine Beschlussvorlage eingebracht werden soll. Gebe es dazu Erörterungsbedarf, könne dieser in der Sitzung des Hauptausschusses im Januar 2021 erfolgen – soll heißen, es sei kein Sofortbeschluss notwendig.

In der sich anschließenden Diskussion plädiert Herr Linke dafür, eine Denkpause einzulegen und die Problemlösung – nämlich den Rückbau des Rechenzentrums – voranzutreiben. Seiner Meinung nach würde das auch die Ausgangslage verbessern. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ihn an den Weg binde, der jetzt gegangen werde.

Herr Dr. Scharfenberg bedankt sich für die Zwischeninformation und sieht in einem Sofortbeschluss der Stadtverordnetenversammlung einen Vorteil, um in 2021/22 eine entsprechende Handlungsgrundlage zu haben. Frau Dr. Zalfen hebt hervor, „wie schön es sei, dass die Beteiligten miteinander sprechen“ und sich annähern. Sie fragt nach, wie das vorhandene Informationsbedürfnis befriedigt werde. Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass auch diskutiert werde, wie die Stadtgesellschaft und die Öffentlichkeit über die Schritte informiert werde, um das Ergebnis auch „breit zu tragen“. Herr Friederich bittet auch den religiösen Ansatz in dem Komplex mit zu besprechen.

gemeinsame Sitzung Hauptausschuss und Kreisausschuss Potsdam-Mittelmark

Der Oberbürgermeister verweist auf die auch hier vorhandene Problematik der Corona-Pandemie und avisiert diese gemeinsame Beratung als Hybridsitzung im 1. Quartal 2021

Mieterhöhung der ProPotsdam

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Westphal, Geschäftsführer der Pro Potsdam.

Dieser erläutert an Hand einer Powerpoint-Präsentation die Hintergründe der jetzt vorgenommenen Mietpreisanpassungen. Ausgangspunkt sei das Balanced Scorecard-Projekt als Folge des STEK Wohnen 2009, mit einer abgewogenen Zielstellung, in den Bereichen soziale Wohnraumversorgung, preisgünstiger Wohnraum/differenzierte Mietenstrategie, Neubautätigkeit, Bestandsmodernisierung sowie weitere Aufgabenbereiche als Gesamtkonzept unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des Unternehmens der Stadt.

Im Weiteren erläutert er die einzelnen Zielstellungen und die Änderungen bei den Mietspiegelmittelwerten. Diese und die Entwicklung der Kosten für Instandhaltung sowie die Baukosten für Wohngebäude und Schönheitsreparaturen driften auseinander und führten zur ersten Mieterhöhung seit 2014 bei 1.657 Mietverträgen. Höchster Wert der Erhöhung seien 78,61 €; ca. 80% liegen bei 25 €. Abschließend verweist er auf die Instrumente für sozialverträgliche Mieten und erläutert auch diese.

Herr Dr. Scharfenberg plädiert dafür, sich mit dem Balanced Scorecard-Projekt unter den heutigen Bedingungen zu beschäftigen und zu bewerten.

Auf Bitte von Herrn Walter, wir die Powerpoint-Präsentation allen Fraktionen zur Verfügung gestellt.

Anschließend richtet der Oberbürgermeister einen Appell an die Presse, in der jetzigen Situation nicht mit überdimensionierten Schlagzeilen zu operieren. Er nimmt Bezug auf die angekündigte temporäre Betreuung zweier Fachbereiche durch Frau Aibel. In der MAZ werde daraus ein „Superdezernat“, das so mit den Mitarbeitenden nicht besprochen wurde. Sachlichkeit wäre in dieser Situation eine Hilfe.

Frau Meier schließt daran an, dass derzeit „zwei Lagen“ geführt werden, die dritte sei bereits absehbar – nämlich die afrikanische Schweinepest. Erste Absprachen habe es bereits mit den Jägern gegeben und auch diese Lage müsse ihr Geschäftsbereich gewährleisten.



Arbeitgeberattraktivität der LHP

Geteilte Führung, Parität & andere Aktivitäten

Überblick

- Geteilte Führung
- Besetzung von Fachbereichsleitungen: Parität und Gender-/Diversity-Kompetenz
- Ausblick: Projekt „Arbeitgeberattraktivität“

Geteilte Führung: theoretisch



Welche **Leitungsstellen** sind geeignet?

- neu
- umfassend/komplex
- teilbar



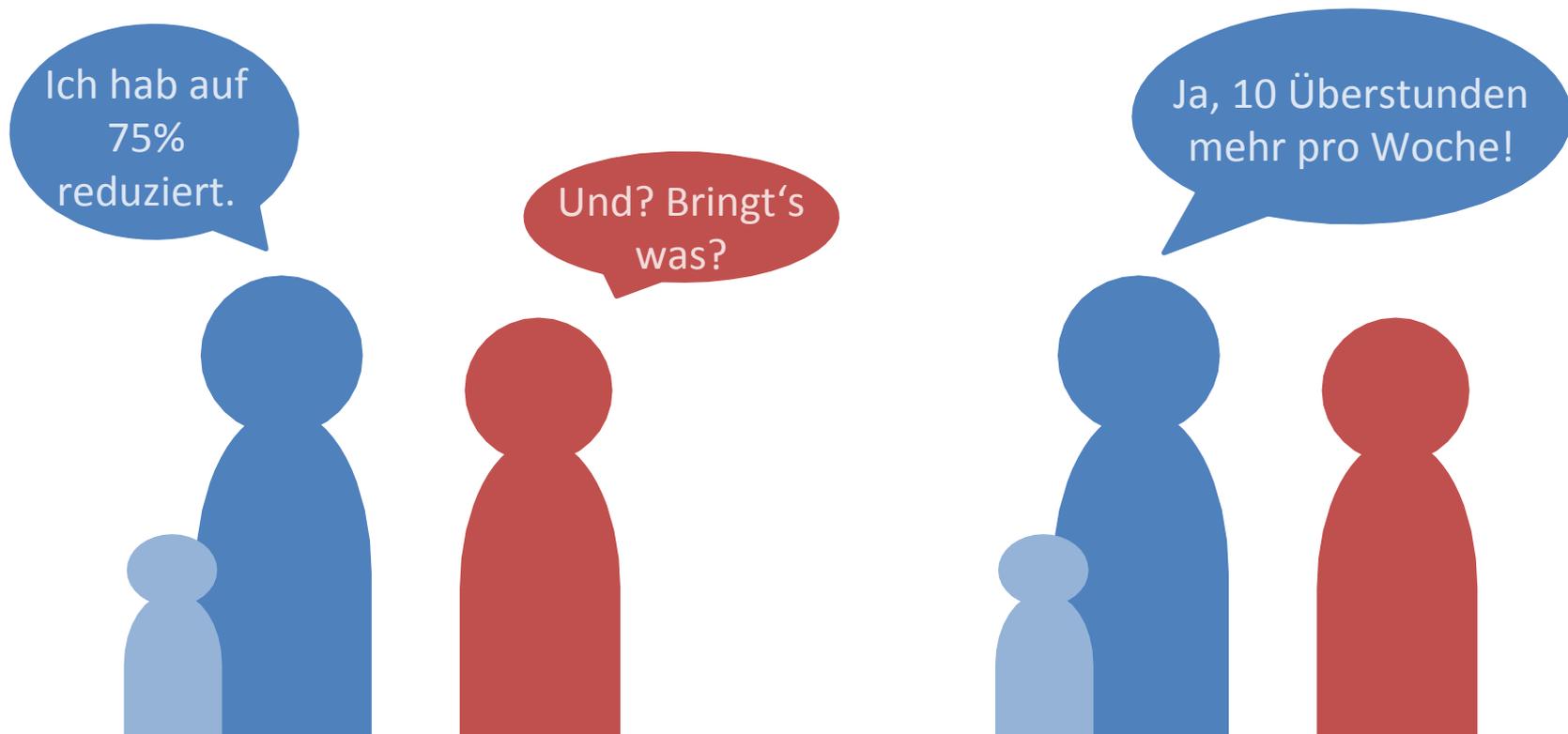
Welche **Rahmenbedingungen** sind notwendig?

- geeignete Stelle
- geeignete/s Personen/Matching
- geeignetes Umfeld

Geteilte Führung: praktisch

	Bereichsleitung „Gesunde Verwaltung“ (GB 5)	Fachbereichsleitung Bildung, Jugend und Sport (GB 2)
neu	seit 1. Pandemiewelle	vakant
umfassend/komplex		breites Anforderungsprofil
teilbar		
Personen/Matching	u.a. komplementäre Qualifikationen	entsprechendes Anforderungsprofil
Umfeld	FB 53 = Innovationsmotor/- vorbild	Leitlinien Führung, Kommunikation, Zusammenarbeit

Geteilte Führung (auch) als Vereinbarkeitsmaßnahme

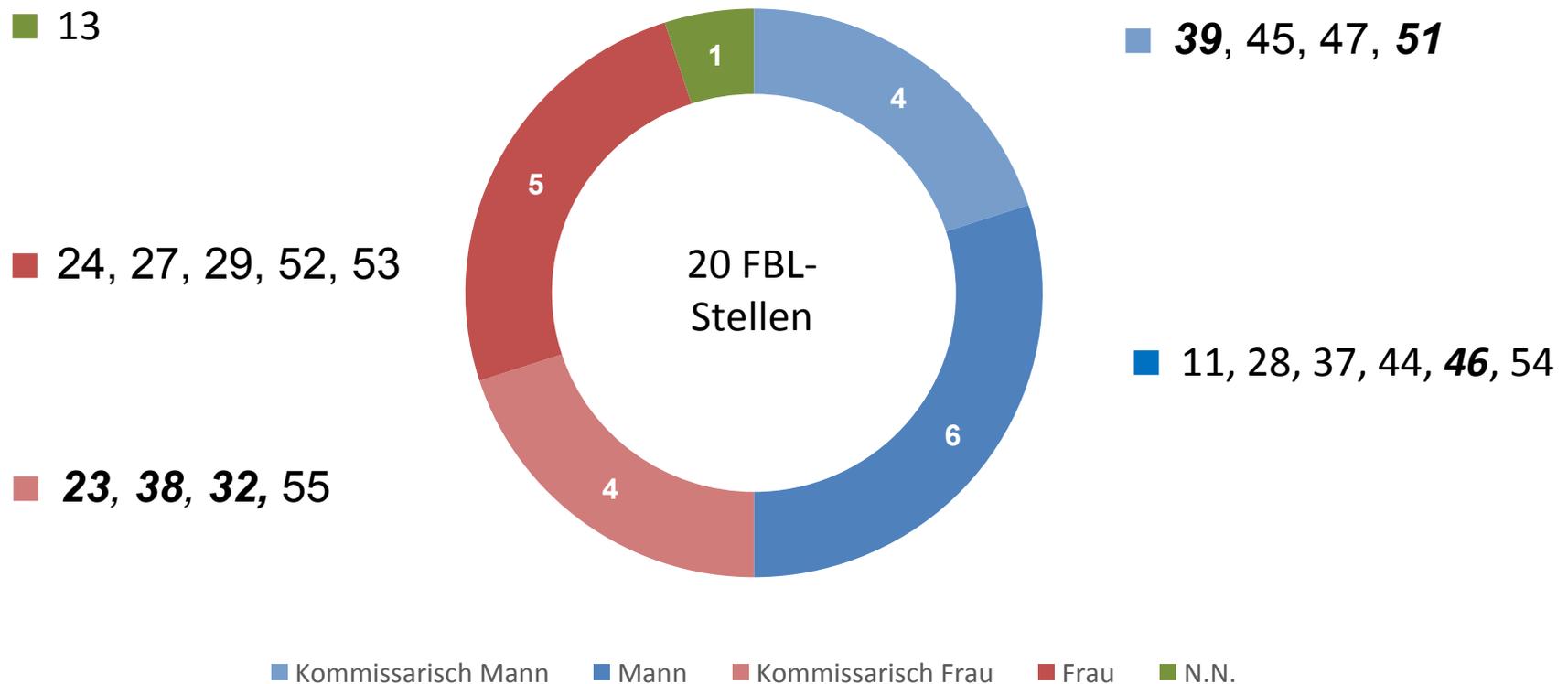


Besetzung von Fachbereichsleitungen

FB 11 besetzt	FB 23 <i>bevorstehende Ausschreibung</i>	FB 32 <i>bevorstehende Ausschreibung</i>	FB 44 besetzt	FB 51 2. Interviewrunde
FB 13 N.N.	FB 24 besetzt	FB 37 besetzt	FB 45 komm. besetzt	FB 52 besetzt
	FB 27 besetzt	FB 38 <i>bevorstehende Interviews</i>	FB 46 <i>bevorstehende Ausschreibung</i>	FB 53 besetzt
	FB 28 besetzt	FB 39 <i>bevorstehende Interviews</i>	FB 47 komm. besetzt	FB 54 besetzt
	FB 29 besetzt			FB 55 komm. besetzt

■ Mann ■ kommissarisch Mann ■ Frau ■ kommissarisch Frau ■ N.N.

Besetzung von Fachbereichsleitungen: Parität



Besetzung von Fachbereichsleitungen: Parität & Gender-/Diversity-Kompetenz

Parität

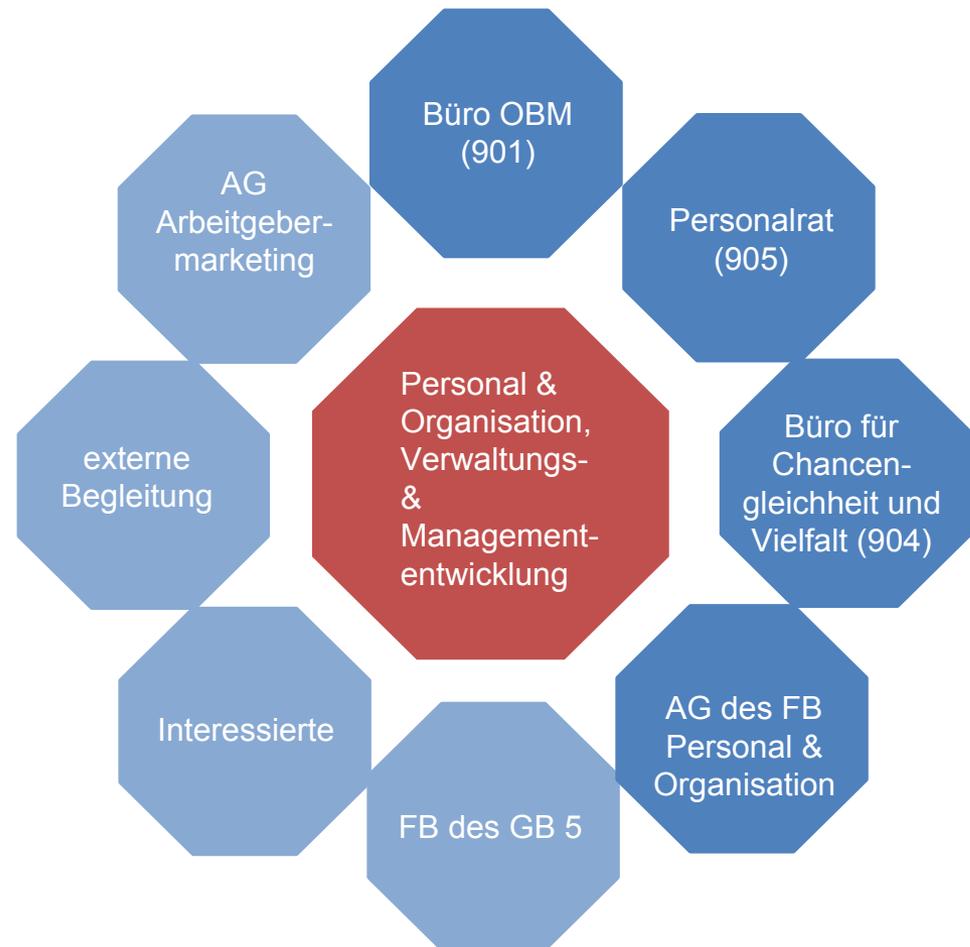
- externe Begleitung
- Anforderungsprofil
- Ausschreibung
- zweistufiges
strukturiertes
Auswahlverfahren

Gender-/ Diversity- Kompetenz

- Personalführung +
fachlich
- Ausschreibung +
Interviewleitfaden
- Auswahlkommission

Ausblick: Projekt „Arbeitgeberattraktivität“

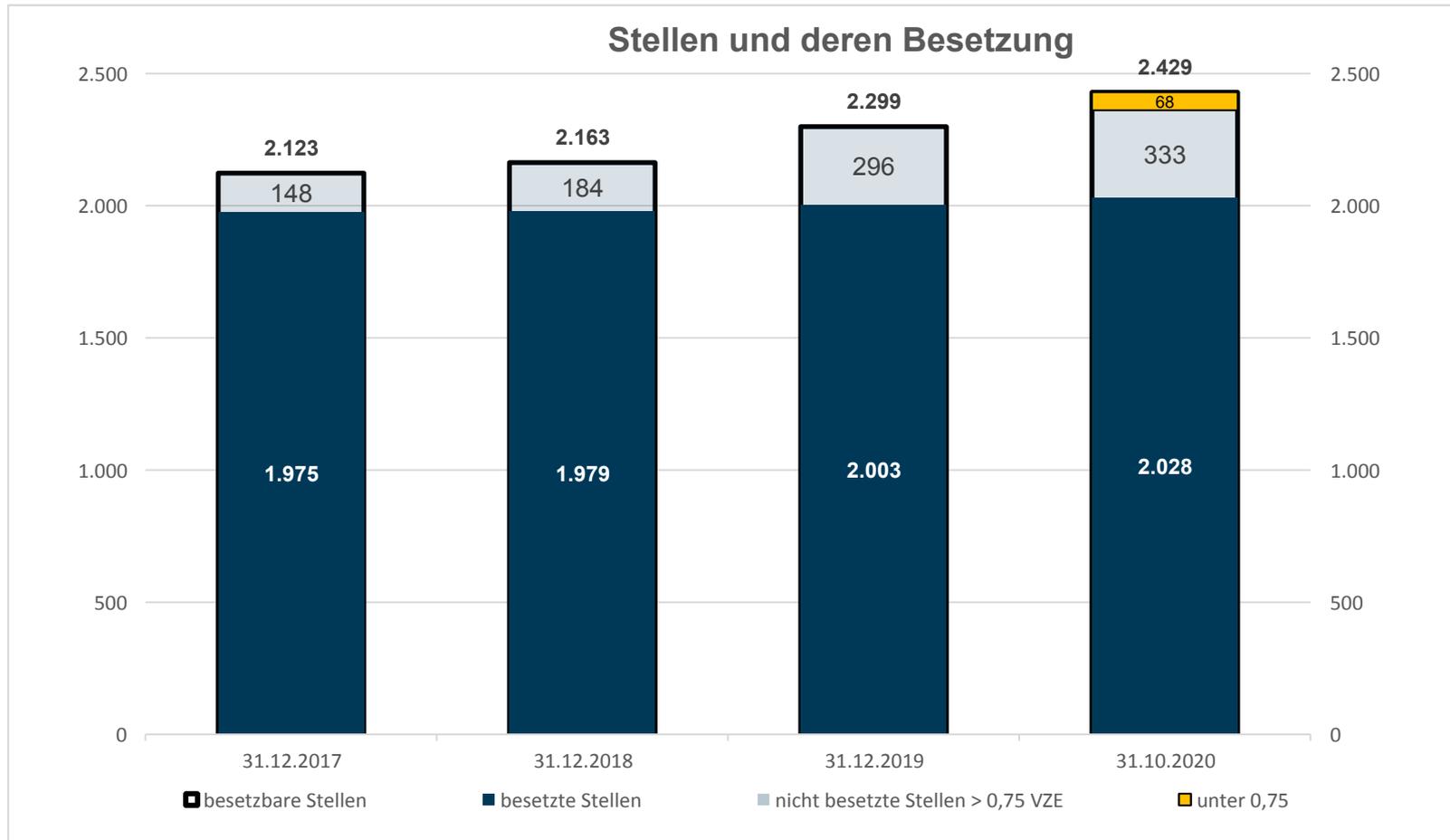
- Geteilte Führung
- Parität & Gender-/Diversity-Kompetenz
- Mobiles Arbeiten
- Mentoring-Programm
- Entgeltgleichheit
- ...





Stellendynamik der Landeshauptstadt Potsdam

Hauptausschuss
11. November 2020



Besetzungsquote

93%

92%

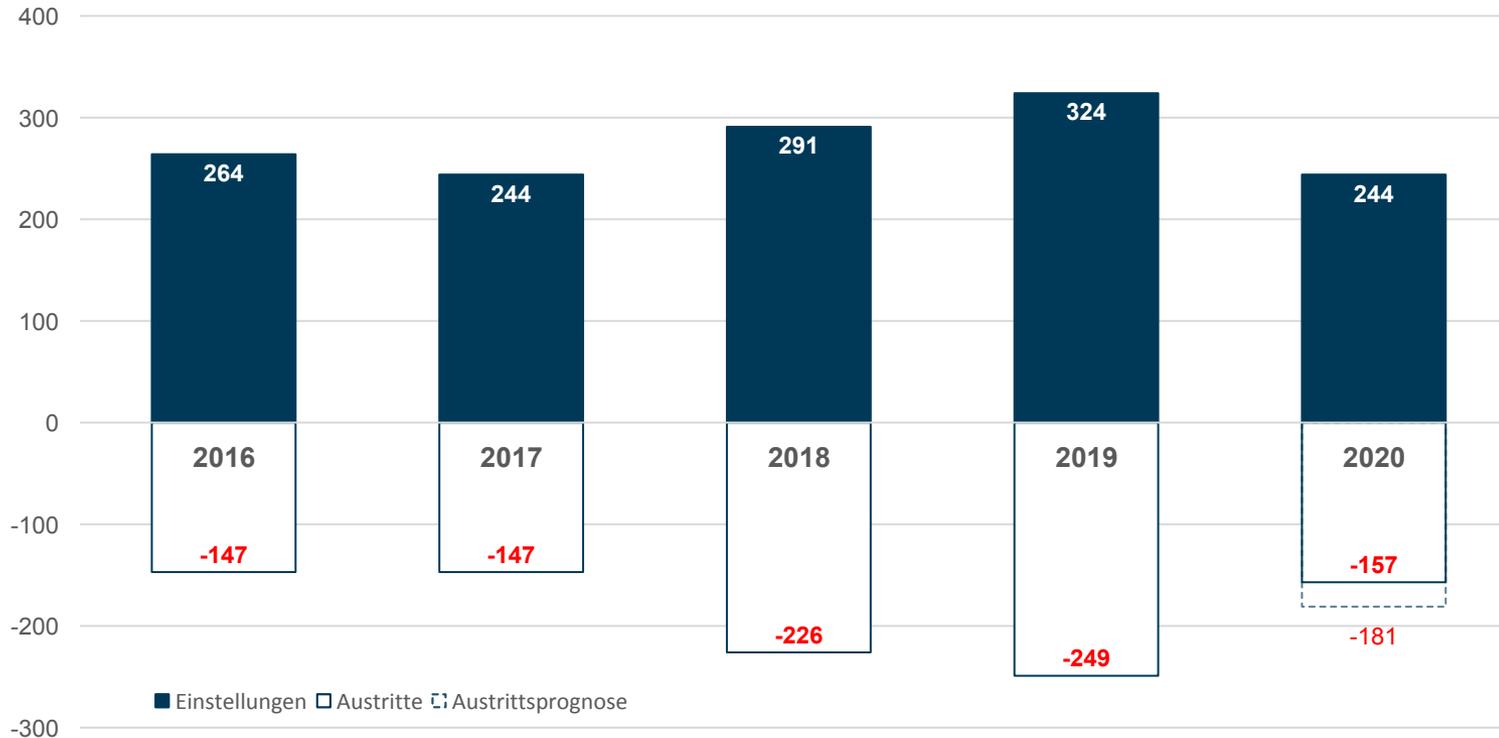
87%

83%

Mehr Eintritte als Austritte Beeinflussbare Beendigungsgründe gehen etwas zurück



Ein- und Austritte 2017 - 2020



Ausgewählte Beendigungsgründe	2019	2020 bisher	Tendenz
Kündigung durch Arbeitnehmer (Eigenkündigung)	52	36	↘
Einvernehmliche Beendigung	28	16	↘
Kündigung (AN-Rentenbezug)	42	26	↘
Erreichen der Altersgrenze	35	22	↘
Ende des Zeitvertrages	65	28	↘



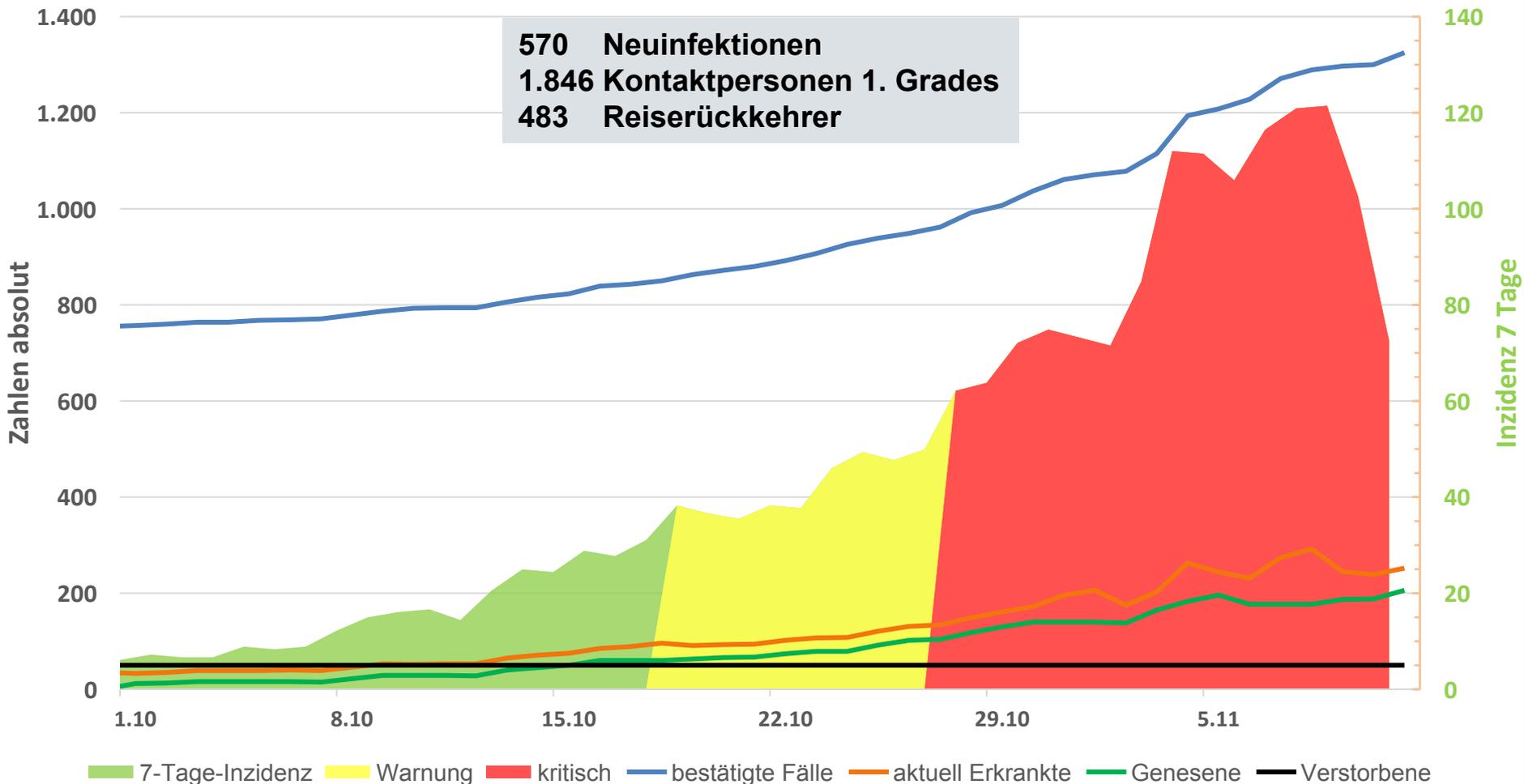
Vielen Dank!

Infektionsgeschehen Potsdam



Verlauf vom 1. Oktober bis 11. November

570 Neuinfektionen
1.846 Kontaktpersonen 1. Grades
483 Reiserückkehrer



Übersicht Bettenbelegung Krankenhäuser



Datum	EvB Normalstation	EvB Intensiv	EvB davon beatmet	Alexianer St. Josefs Normalstation	Alexianer St. Josefs Intensiv	Alexianer St. Josefs davon beatmet
01.10.2020	1	0	0	0	0	0
31.10.2020	25	3	3	1	0	0
04.11.2020	19	7	6	5	0	0
05.11.2020	20	7	6	6	0	0
06.11.2020	18	8	7	6	0	0
07.11.2020	17	9	7	6	0	0
08.11.2020	18	10	8	6	0	0
09.11.2020	24	10	8	5	0	0
10.11.2020	29	7	6	6	0	0
11.11.2020	23	8	7	6	0	0

Übersicht von Oktober bis 11. November:

- 25.10.2020 – GU Alte Zauche 2 Bewohner positiv
- 25.10.2020 – GU Groß Glienicke 1 Familie mit positivem Kind
- 28.10.2020 – Ludwig-Gerhardt-Haus (EGH) MA positiv
- 29.10.2020 – GU Zeppelinstraße 1 Bewohner positiv
- 31.10.2020 – Senioren Centrum Am Volkspark 32 Bewohner und 10 MA positiv
- 06.11.2020 – Frauenhaus 1 Bewohnerin positiv
- Schiff 10 Crewmitglieder positiv
- Heinrich-Heine-Klinik 5 Patienten positiv
- In 3 KiTas sind bisher einzelne Erzieher bzw. Kinder positiv getestet worden
- In 10 Schulen wurden bisher sowohl Schüler als auch Lehrer positiv getestet

Datenbank Kontaktnachverfolgung



EiIP: Erfassung Infektionsfälle in Potsdam Info richter

i Mit Hilfe der Webanwendung EiIP wird die Erfassung meldepflichtiger Erkrankungen vorgenommen.

Personen anlegen Personenstammdaten einer neuen Person erfassen	Fall erfassen Fallbearbeitung für eine erfasste Person vornehmen
Monitoring Erfassung von Notizen zum Fall, Listen offener Entscheidungen, Liste von Fällen ohne Tagesnotiz	Berichte Fallzahlen und Reports
Druckassistent Erstellung der Listen zum Druck der Bescheide	Aufhebungsbescheide drucken Listenabruf zum Druck der Aufhebungsbescheide
Benutzerverwaltung Anlegen neuer Benutzer, Zuweisen von Rollen zu vorhandenen Nutzern	

© Landeshauptstadt Potsdam - Bereich Öffentlicher Gesundheitsdienst & Fachbereich E-Government - 09/2020